

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich, drei Haus 2,50 M., (halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft
Schreibleitung: Dresden-21, Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuformatierte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklameweile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Oberbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 29. Mai 1929

Nummer 122

KPD-Parteitag billigt Müller-Gebering-Kurs

Ueber sämtliche Anträge gegen Koalitionspolitik, Panzerkreuzerbau und für Regierungsaustritt zur Tagesordnung übergegangen / Panzerkreuzer-Müller begründet seine Politik „Kameradschaftliche“ Kapitulation der „linken“ SPD-Führer

Magdeburg, den 28. Mai 1929.

Das Auftreten des deutschen Panzerkreuzerkonstruktors Hermann Müller in der Diskussion der gestrigen Vormittags-Sitzung des KPD-Parteitages war ein klares politisches Programm. Es war dem Rat der „linken“ Opposition, den „linken“ SPD-Führern, entgegen: „Wollen Sie jetzt eine Regierungsbildung gegen den Panzerkreuzer, so machen Sie sich unsterblich lächerlich.“ Und die große Mehrheit des Parteitages, des Panzerkreuzerparteiismus, halfte wider von Beifallschlag.

Die sogenannten „Linken“, die auch in ihrer Scheinopposition nicht die wirklich aktuelle Frage der Weiterentwicklung der KPD seit dem Panzerkreuzerbeschluss vom Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus zu stellen wagten, dämpften sich.

So konnte Bogel im Schlusswort zum Parteivorstandesbericht in aller Offenheit das Gesicht des Parteitages offenbaren, indem er im Namen des Parteivorstandes den Übergang zur Tagesordnung über alle Anträge gegen Panzerkreuzerbau, gegen Koalitionspolitik und für Regierungsaustritt forderte.

Der schärfste Trommelklang der „Linken“ in dieser Debatte wurde von der Mehrheit mit Hohn aufgenommen. Ein Delegierter aus Hannover rieferte, daß sich Sendewitz und Rosenfeld bei der Richtung zur Bejahung der Koalitionspolitik nicht bewähren könnten, und daß man sie auf dem nächsten Parteitag vielleicht schon bei den 100prozentigen Koalitionspolitikern begrüßen könne. Darauf erteilte Bogel den „Opponenten“ namens des Parteivorstandes in seinem Schlusswort die lobende Antwort: Hier ist die Diskussion kameradschaftlicher als draußen zu sehen. Nichts konnte besser die Rolle der „Linken“, die trotzdem im Vorfeld der Scheinopposition nur den rebellierenden Arbeiter ausnutzen, in ihrer ganzen trügerischen Arbeiterfeindschaft enthüllen.

Die politische Debatte des Magdeburger KPD-Parteitages ist erneut: Die „linken“ Phrasen bilden einen nützlichen Beleg für die Partei des Sozialfaschismus. Als Wels erklärte, die Annahme der Anträge, daß die sozialdemokratischen Minister gegen die zweite Rate des Panzerkreuzerbaues stimmen sollten, bedeutete den Regierungsaustritt, protestierten die „Linken“, sie wollten keine Gefährdung der Regierung... „Linke“ Opposition!

(Bericht unseres nach Magdeburg entsandten Mitarbeiters)

Die Vorbereitungsarbeiten zum Dienstagabend begannen mit einer Rede von Reichner, Dresden: Der Kieler Beschluß auf Stellungnahme für Koalitionseintritt sei nicht erfüllt worden. Die Wähler hätten nicht diese Koalitionspolitik gewollt. In der Diskussion hätte man mehr erreichen können. Sie seien nicht prinzipielle Gegner der Koalitionspolitik.

David, Mainz: Die Wähler vom 20. Mai haben diesen Reichstag gewählt. Dieser Reichstag habe zweimal den Bau des Panzerkreuzers befürwortet, und die Minister müßten sich der politischen Mehrheit fügen. Sonst seien sie ja gegen Demokratie und Sozialfaschismus. David kam zu dem Schluss: „Die Wähler vom 20. Mai sind am Panzerkreuzerbau schuld.“

Reichstanzler Hermann Müller

Beginn mit der Behauptung, die SPD habe nicht an Mitgliedern verloren, daher sei eine Kritik nicht berechtigt. Wenn Estlin erhebe, daß die Partei nur der Arbeiterklasse verantwortlich ist, so schlage das allem, was wir zur Frage der Regierung seit 10 Jahren gesagt haben, ins Gesicht. Es sei falsch, daß nichts erreicht worden sei. Er wolle nur auf die Ausgesperrtenunterstützungen im Nordwestkampf hin. Wenn das Zentrum seinen Willen in der Koalition durchzuführen könnte, läge das preussische Konfordsat wie das bayrische aus. Im Wahlkampf würden wir die aufgestellt, aber keiner sich behaupten, daß sie in der Koalition zu erreichen sind. Wenn man die Nordwestungen auf Sozialismus erhebe — ja —, sie seien ja alle für Sozialismus.

In der Wahlkandidatur sei der Panzerkreuzer zu sehr in den Vordergrund gestellt worden.

Müller rechnet vor, daß, wenn es hart auf hart gegangen wäre — bei einer Abstimmung die Kabinetsmehrheit für den Panzerkreuzer gemeldet wäre. Allein auf Drängen der Fraktion hätten er und die anderen sozialdemokratischen Minister einmal gegen den Panzerkreuzer gestimmt. Das sei aber gegen die Weimarer Verfassung, nach der die Minister für ihre eigenen Beschlüsse haften müßten. Man soll nur nachsehen, was so gute Reichstanzler wie Haas und Birch über den Sinn und Geist der Weimarer Verfassung im Reichstag gesagt hätten. Wir lehnen es ab ähnliche Experimente zu wiederholen. Bei Eintritt des Sozialismus in die Regierung wurde vereinbart, daß die Minister Beschlüsse für ihre Vorlagen sich einzufügen haben. In diese Beschlüsse müssen wir uns halten. Man kann mir nicht sagen, im Amt zu bleiben, wenn die Fraktion anders beschließen würde. Ich bin als Mann bekannt, der bereit ist, alle Konsequenzen zu ziehen. Die Partei muß das in Kauf nehmen.

Konfordsatzmacher um Große Koalition in Preußen

Berlin, 29. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Die preussische Regierung wird in den nächsten Tagen die offizielle Schlussberatung über das Konfordsat abhalten. Das preussische Kabinett wird mit den Stimmen aller Mitglieder, des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten das Konfordsat billigen. Der Wortlaut soll, bevor er dem Staatsrat zugeht, nächste Woche veröffentlicht werden.

Gleichzeitig gehen die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung zur Großen Koalition weiter. Die Sozialdemokratie fordert als Konzession für die Zustimmung zum Konfordsat die Übertragung des Kultusministeriums an einen Sozialdemokraten. Die Märkische Volkstimme nennt dafür den sozialdemokratischen Abgeordneten König, der Katholik ist. Andererseits fordert auch das Zentrum einen weiteren Ministerposten in Preußen, und auch die Volkspartei will sich nicht mit einem Ministerposten zufrieden geben.

daß ich als Minister verfassungsmäßig handle; es hat sich für mich noch nie um die Ministerstelle gehandelt.

Aber als Minister ist das Maß der Arbeit und Verantwortung höher als in der Tätigkeit des Parteiführers.

Es ist zwar keine Freude, aber eine große Ehre, Minister zu sein. Wollen Sie jetzt eine Regierungserklärung Ende Mai, dann suchen Sie sich einen anderen Grund als die Panzerkreuzerfrage aus. Wollen Sie jetzt eine Regierungserklärung wegen des Panzerkreuzers, so machen Sie sich unsterblich lächerlich. (Beifälliges Gelächter bei der Mehrheit des Parteitages.) Es stehen noch so viele andere Fragen. (Hermann Müller hat ganz recht, wenn er das selbe Anklamern der „Linken“ an die Panzerkreuzerfrage lächerlich macht. In der Tat ist die Entwicklung seit der Zustimmung der Sozialdemokraten zum Panzerkreuzerbau viel weiter gegangen, die Entwicklung zum Sozialfaschismus, zur gewalttätigen Unterdrückung des revolutionären Proletariats und zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Keine Frage für das Lebensinteresse der Arbeiterklasse elementare Fragen haben die „Linken“ in der allgemeinen politischen Debatte des Parteitages überhaupt anzuschneiden gewagt. Die Red.) Müller erklärte: Die Behauptung, daß der Panzerkreuzerbau ein Zeichen des neudeutschen Imperialismus sei, glaube selbst im Auslande niemand bei der weitgehenden Abrüstung Deutschlands. Er zitierte schamlos einen Artikel Künsters aus dem Berliner „Abend“, daß es sich nur um einen Ersatzbau handele.

Die SPD habe früher, z. B. 1923, oft solche „Ersatzbauten“ bewilligt.

Zur Frage der Jugend erklärte Müller: Bei ihrer Erziehung für „Nie wieder Krieg“ müßte man bedenken, daß das nicht von heute auf morgen zu erreichen sei. Vielleicht hätte man den Krieg 1914 verhindern können, wenn nicht der Internationale Kongress im Jahre 1912 den Eintritt der französischen Sozialdemokratie in die Regierung abgelehnt hätte, und die deutsche Sozialdemokratie nicht von der Regierungsteilnahme im Obrigkeitsstaate ausgeschlossen wäre. Die Kriege kann man nur verhindern, wenn man die bürgerlichen Parteien nicht allein regieren läßt. Arica und Frieden ist eine Frage der Politik der Kabinets (1). Darum müßte die SPD in der Regierung bleiben. (Beifall des Parteitages.)

Torhorst, Düsseldorf, spricht zuerst über Beamtenbewegung. Dann wendet sie sich gegen Solmanns Rede, der in leichter Weise die materialistische Basis der proletarischen Bewegung angegriffen hätte. Er hätte sich auf dem Parteitag auf Grund bürgerlicher Restbestände und geistiger Bequemlichkeit einen billigen Beifall errungen. (Wachsende Unruhe des Parteitages.) Nach dem wurde Solmanns Bihebel vom Parteitag wie eine dreiste antisemitische Anschuldigung befaßt. (Tumult.)

Wels: „Die Genossin Torhorst zeigt, wie weit man die Redefreiheit mißbrauchen kann.“

Torhorst fortsetzend: Es sei ihr gegenüber der Rede Solmanns sehr ernst. Es sei unerhörte, wie man Kirche und Freidenker auf die gleiche Stufe stellen könne. Die Kölnische Zeitung schreibt, daß in Italien die Kirche Schleppeidienste für die faschistische Reaktion leiste.

Rosenfeld, Berlin:

Die bisherige Debatte des Parteitages habe ergeben, daß eine große Einheitsfront der Partei bestehe. Niemand sei mehr prinzipieller Gegner einer jeden Koalitionspolitik. Nach einem Jahre Regierung könne man die gegenwärtige Koalition kaum noch als das kleinere Übel verteidigen. Es läge schon die Frage, ob sie nicht das größere Übel sei. Der Beschluß des Panzerkreuzerbaues erfolgte unmittelbar nach Brüssel, und sei als ein

schwerer Verstoß gegen die internationalen Verpflichtungen von der Mitgliedschaft empfunden worden. Nicht durch Regierungsbeteiligung, sondern nur das in der Internationale organisierte Proletariat könne den Krieg verhindern (wie, logisch Rosenfeld natürlich nicht. Die Red.). Dem Vorstoß Groeners haben sich alle weiteren Forderungen des Wehrkapitals angeschlossen. Die Minister werden die Fraktion abermals in eine schiefe Lage bringen, wenn sie mit Ja stimmen und die Fraktion mit Nein. Glaubt Solmann, daß die Partei den Ministern unvernünftige Anträge abgeben wird? Müllers Glückwunschtelegramm an Hindenburg zur Geburt eines Enkels, Hilferdings Anleihe, Seeringos Schlüchternfähigkeit in Nordwest, die Stellungnahme des Kabinetts zur Arbeitslosenversicherung, die die schärfsten Befürchtungen erweckt, die deutsche Erklärung in Genf zum Washingtoner Abkommen, gegen die sich selbst die „Gewerkschaftszeitung“ wenden muß, sie sind nicht im sozialistischen Geist der Partei. Die Ergebnisse dieser Koalition finden überall in der Partei Mißbilligung. Daher müssen wir die Freiheit außerhalb der Regierung wieder erlangen.

Buotta, Essen, verteidigt die Freidenker gegen die kirchlichen Ausführungen Solmanns, dessen Bihebeln und die Art, wie sie der Partei tag ausgehen habe, müssen die Erinnerung wachrufen, daß Bebel einst erklärt hat: „Kirche und Sozialismus verhalten sich wie Feuer und Wasser zueinander.“ Im Wahlkampf haben wir die Zustimmung des Zentrums zum Panzerkreuzer und die Ablehnung der Kinderheimpflicht weiblich ausgenutzt. Jetzt kommen die Genossen und sagen:

Was unsere Minister in der Panzerkreuzer-Affäre machen, das ist der reinste Verrat!

Das kommt von der Regierungspolitik ohne Programm. Zeigt uns nur einen Fall, wo wir eine Forderung in der Regierung durchgedrückt hätten! Die Arbeiter sind darüber enttäuscht!

Slagow, Hannover, polemisiert gegen die „Jungsozialistischen Blätter“, die angeblich kommunistische Töne anschlagen. Es sei unerhörte, daß Engelbert Graf in ihnen geschrieben habe: „Von der ministeriellen Anzulänglichlichkeit Hermann Müllers dürften sich auch seine nächsten Freunde überzeugt haben.“ So werde die Jugend politisch verblödet.“ Er wendete sich über den Langmut des Parteivorstandes gegenüber solchen Artikeln, politische Entscheidungen dürften nicht mit den Jugendlichen getroffen und die Jugend als Sturmhorn gegen Parteibeschlüsse mißbraucht werden.

Er freue sich über Sendewitz und Rosenfeld, daß sie sich seit Kiel gewandelt hätten und jetzt nicht mehr Gegner jeder Koalition seien.

Er hoffe, daß bis zum nächsten Parteitag sie sich weiter so entwickeln werden, so daß dieser in voller Einheitsfront begonnen werden kann. Der Grund zu dieser Wandlung der „Linken“ läge im Ausfall der sächsischen Landtagswahlen und ihren Schmerzen bei der Regierungsbildung. Er als sogenannter Rechter sei nicht so reformistisch wie Sendewitz, der den Ministern alle Verantwortung abzunehmen bereit sei. Auch die Minister tragen ihren Teil der Verantwortung. Die Genossen müßten noch zeigen, daß sie es verstehen, mit den Kommunisten fertig zu werden.

Stelling (Parteivorstand): Die Republik sei der Staat der Arbeiterklasse, für den Millionen im Weltkriege gefallen sind. Wohin hätte die Aussperrung im Ruhrrevier geführt, wenn nicht die Republik und eine Koalitionsregierung mit sozialdemokratischem Einfluß beiseite würde? Er begrüßt die Ausführungen von Sendewitz und bittet alle Delegierten sie sehr zu beherzigen und mehr Kameradschaftlichkeit und Toleranz bei allen Gelegenheiten zu üben. Die Genossin Torhorst, Düsseldorf, die Solmann angegriffen habe, solle sich lieber überlegen, was sie noch auslernen habe.

Er hätte in der Größungssitzung des Parteitages, als Wels zitierte: „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren...“ gehört, wie die hinter ihm stehende Genossin Torhorst zu einer anderen Frau gesagt habe: „Nein mit dem Gummi Knüttel!“ (Stürmische Zwischenrufe.)

Künster, Berlin, hält eine matte und verwandene Rede: Müller hätte eine Stelle aus seinem Artikel aus dem Zusammenhang gerissen. Er habe den Artikel im Auftrag des Genossen Stampfer gegen die Kommunisten geschrieben. Breitwebers Artikel, daß mit den Demokraten eine Mehrheit gegen den Panzerkreuzerbau vorhanden sei, hätte besonders erregend in der Mitgliedschaft gewirkt. Das Zentrum hätte es mit Rücksicht auf seine Arbeiterwähler in Rheinland-Westfalen nicht gewagt, es wegen des Panzerkreuzers zu einer Regierungserklärung kommen zu lassen. Er glaube, daß die Minister das Beste für die Arbeiterklasse wolle, aber ihre Nachgiebigkeit würde die Bürgerlichen in allen Fällen zu hartem Widerstand veranlassen. Eine große Berliner Funktionärskonferenz nach den Wahlwahlen hätte sich dafür eingesetzt, daß sich die SPD in der Regierungsfrage nicht der Verantwortung entziehen könne. Keiner lehne prinzipiell die Koalition ab. Im Nordwestkampf habe sich gezeigt, daß die Volkspartei sofort gegen die vom Reichstag beschlossene Unterstützung erfolgreiche Teilerlösen begonnen habe.